

6. Bericht

Ein gewaltsam beendeter Protestmarsch.



Friedlicher Protestmarsch gegen den Bau der Schnellstraße.

In meinem letzten Monat in Bolivien habe ich kaum noch gearbeitet. Mein Dienst war schon beendet und ich hatte Zeit mich von meinen Freunden und Bekannten dort gebührend zu verabschieden und auch Zeit noch eine Weile einfach nur in Bolivien zu leben, ohne Verantwortungen, Pflichten oder Termine.

Und ich hatte Zeit Fernsehen zu gucken – also wirklich hinzugucken.

Ich guckte also hin und sah erschreckende Bilder! Polizisten, die auf Frauen und unbewaffnete Männer einschlugen, Kinder die schreiend vor einer Horde Polizisten wegrannten. Demonstranten, die auf einen Transporter geladen wurden, mit verbundenen Händen und den Mund mit Gaffatape zugeklebt.

Ein friedlicher Protestmarsch wurde am 24. und 25. September 2011 gewaltsam von der Polizei beendet, mit Schlagstöcken und Tränengas ging die Polizei gegen die Demonstranten vor.

Danach riesige Proteste und Demonstrationen im ganzen Land, Minister die zurücktreten, Kritik aus dem Ausland – kurz ein Land in der Krise.



Straßenschneise durch den Wald im Amazonasgebiet

Grund für den Protestmarsch war der geplante Bau einer Schnellstraße, die durch den nordöstlichen Amazonas von Bolivien eine Verbindung von der zentralen Provinz Cochabamba in das nördlicher gelegene Beni schaffen soll. Die Verbindungsstraße würde den Handel zwischen Perú, Bolivien und Brasilien spürbar verstärken und ist schon seit den 1980er Jahren in Planung. Sie ist Teil eines nationalen Straßensystems von drei Korridoren,

die die bolivianische Hochebene mit den Grenzstädten im Norden und Osten des Landes verbinden sollen.

Die Teilstrecke zwischen Villa Tunari (Provinz Cochabamba) und San Ignacio de Moxos (Provinz Beni) soll dabei direkt das „Territorio Indígena del Parque Nacional Isiboro Sécore“ TIPNIS durchqueren. Die dort wohnhaften Moxeños, Yurakarés und Chimanes (ca. 50.000 Menschen) sollen dann umgesiedelt werden.

Die Initiatoren des Marsches, hauptsächlich der Verband der indigenen Tieflandbevölkerung CIDOB, der Verband der Hochland-Indigenen CONAMAQ und die Versammlung des Volkes der Guaraní (APG), sehen die Rechte der Einheimischen bedroht und fordern den Baustopp der Teilstrecke. Der Mitte August begonnene Protestmarsch startete in Trinidad, der Hauptstadt der Provinz Beni und sollte bis ins 600 km entfernte La Paz gehen.

Am 24. und 25. September eskalierte die Situation dann. In Yucumo hatten die Demonstranten ihr Lager aufgeschlagen, saßen dort beim Essen als die Polizei eingriff. Mit Schlagstöcken und Tränengas gingen sie auf die Menschen los, unter ihnen Frauen und Kinder. Die Bilder die im nationalen Fernsehen übertragen wurden waren erschreckend. Eine Familie, die von Polizisten auseinander getrieben wurde, Kinder die schreiend vor einer Horde Polizisten mit Schlagstöcken wegrannten, sechs Polizisten, die auf wehrlose Personen einschlugen. Menschen wurden auf Lastwagen verfrachtet und in nahegelegene Städte gebracht, von wo aus sie in ihre Heimatstadt gebracht werden sollten.



25.09.2011 - Die Polizei beendet den Protestmarsch von TIPNIS gewaltsam, mehrere teils schwerverletzte Demonstranten.

In den nächsten Tagen war die Empörung in der Bevölkerung groß. Die Meldungen über Frauen, die immer noch nach ihren Kindern oder Männern suchten, wollten nicht abklingen und im ganzen Land wurde gegen die Gewalt der Polizei demonstriert.

In Rurrenabaque befreiten Einheimische 300 gefangenen Demonstranten indem sie den Flughafen blockierten. In großen Städten wie La Paz gab es von den Gewerkschaften angekündigte Streiks und Demonstrationen. In Santa Cruz und Cochabamba traten mehrere Indigene in den Hungerstreik.

Durch das Festhalten an dem Straßenbauplan wuchs, nicht nur im Land selbst, die Kritik an Evo Morales, des ersten indigene Präsidenten, der mit dem Schutz der Umwelt geworben hat und jetzt als Gegner der Indigenen, die sich für den Umweltschutz einsetzen, dargestellt wird.

Die Vorwürfe gegen die Regierung wurden lauter.

Wer gab den Befehl für den Übergriff?

Die Verteidigungsministerin Cecilia Chacón und ein weiterer Minister traten zurück.

Die UN- Gesandte für Bolivien, Yoriko Yasukawa forderte die bolivianische Regierung auf ihren Pflichten nachzukommen, die Bevölkerung zu schützen und die Gewalt „schnellstmöglich“ zu stoppen.

Ende Oktober wurde das TIPNIS dann zur „unberührbaren Zone“ erklärt. Der Präsident stoppte den Bau der Amazonas- Schnellstraße und willigte den Forderungen der Demonstranten ein.

Also ein Ende des Konfliktes?!

Es ist schwer zu sagen, ob sich Probleme um Gebiete wie das TIPNIS überhaupt irgendwann lösen lassen. Es wird immer ausländische Investoren geben, die in dem Land ihren wirtschaftlichen Vorteil sehen und sich nicht um die Kultur oder Artenvielfalt kümmern, die sie mit ihren Plänen zerstören.

Mich hat es sehr traurig gemacht die Gewalt und die Hilflosigkeit der Bürger zu sehen. Auch wenn die Proteste für den Abbruch der Bauarbeiten gesorgt haben, glaube ich, dass das Problem früher oder später wieder auf den Tisch kommen wird.

Das Projekt existiert schon seit 20 Jahren und wenn nicht von der momentanen, dann wird es von einer anderen Regierung umgesetzt werden.

Außerdem stehen heute brasilianische Interessen hinter dem Bauprojekt, sodass besonders zinsgünstige Kredite für den Bau der Straße vergeben wurden.

Bolivien ist ein armes Land mit einer schlechten Infrastruktur und schwachen Wirtschaft. So gesehen ist ein neues Straßensystem entscheidend für den Aufschwung des Landes. Die Idee die Hochebene mit den Grenzstädten im Norden und Osten des Landes zu verbinden, um einen ausgeprägten Handel mit den Nachbarstaaten zu fördern, ist wichtig für das wirtschaftliche Wachstum des Landes und die Versorgung der Bevölkerung. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen geht es vor allem auch um die Integrationen von Regionen, die momentan durch mangelhafte Infrastruktur schwer zu erreichen sind. Seit der neuen Verfassung haben die Menschen nicht nur das Recht auf den Zugang zu Trinkwasser, Bildung und Gesundheit, sondern auch das Recht auf gleiche soziale Teilhabe, was durch die Straße verwirklicht werden soll.

Bolivien hat die dreifache Fläche von Deutschland, jedoch nur ein Viertel der Bevölkerung. Es gibt also viel unbesiedelte teilweise schwer zugängliche Fläche, wie zum Beispiel das Amazonasgebiet. In dem unzugänglichen Dschungel im Nationalpark schlagen illegale Koka-Bauern immer mehr neue Siedlungen in den Wald. Und auch der Bau von illegalen Laboratorien zur Kokainherstellung lässt sich kaum überprüfen. Eine Schnellstraße, die den Transport der benötigten Chemikalien und den Abtransport der Kokainrohmasse nach Brasilien erleichtert, könnte die Produktion und den Handel von Drogen fördern.

Andererseits muss man auch die Vorteile einer solchen Straße sehen. Wenn es entsprechende Gesetze zur Abholzung und Siedlung gibt, die das Gebiet vor Ausbeutung schützen, kann eine Straße in das unzugängliche Gebiet auch die Kontrollmaßnahmen was die illegale Abholzung und den Drogenhandel angeht einfacher machen. Auch der Handel mit Brasilien ist so besser zu überprüfen.

Die Regierung muss einen Kompromiss finden zwischen wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt und Schutz der Umwelt und Kultur.

Ich möchte in diesem Bericht keine Lösung der Probleme eines Staates wie Bolivien aufzeichnen – kann ich auch gar nicht!

Ich möchte euch einfach nur zum Nachdenken anregen. Euch vielleicht Hoffnung machen, dass man mit Protesten doch noch was erreichen kann und sich vielleicht auch hier in Deutschland mal trauen sollte für seine Meinung einzustehen.

